

Stellungnahme Freie Wähler zum Haushaltsplan 2024 (Claudia Stauffer)

Was kommt nach dem Haushaltsjahr 2023, dem Schlechtesten aller Zeiten? Wird 2024 noch schlimmer?

Das wichtigste vorab: War das Jahr 2022 mit einem Traum-Gesamtergebnis von 15.058.152,09 € das beste Jahr seit der Datenerfassung, was mit dem Verkaufserlös für die Schrankenbuckel-Grundstücks zusammenhing, wird schon jetzt das **Jahr 2023 als historisch schlechtestes Haushaltsjahr** von der Kämmerei prognostiziert. Nicht nur das Haushaltsjahr 2023, auch die folgenden Jahre sind geprägt von der Inflation und dem inflationsbedingten nicht vorsehbaren Anstieg der Aufwendungen. Hinzu kommen die steigenden Personalkosten und die wachsenden Flüchtlingszahlen. Völlig unklar sind auch die künftigen Kosten für den Klimaschutz. Hier wird noch einiges auf uns zukommen.

Leider ist eingetreten, was unsere Fraktion befürchtet und Herr Klaus Pietsch in seiner Haushaltsrede letztes Jahr mit den Worten Prinzip der Hoffnung ausgedrückt hatte: Erstmals hat die Haushaltsplanung nach dem Prinzip des vorsichtigen Kaufmanns nicht zu Verbesserungen geführt und kündigt der Kämmerer einen Fehlbetrag für das Jahr 2023 in Höhe von 3,5 Mio € an. Auch wenn der Haushaltsplan nach dem Prinzip des vorsichtigen Kaufmanns aufgestellt worden ist, lassen doch die Worte aufhorchen, die da lauten: „Es ist bald an der Zeit, dass Aufgaben angepasst und notfalls priorisiert werden.“ (S. 11 des H-Plans)

Die Prognose für 2024 ist so schlecht, dass bei der Planaufstellung von dem Hilfsmittel des globalen Minderaufwands Gebrauch gemacht und in weiten Teilen eine 10%ige Kürzung vorgenommen werden musste, um einen genehmigungsfähigen Haushalt zu bekommen.

Schauen wir uns die Planzahlen des ERGEBNISHAUSHALTS für das Jahr 2024 an:

Seit Jahren mahnt die Kämmerei an: Ein „gesunder“ Ergebnishaushalt sollte einen Überschuss erwirtschaften, der dann zur Finanzierung von Investitionen zur Verfügung steht. Der Haushalt 2024 wird nicht gesund sein, sondern sinnbildlich gesprochen, hoch infektiös. Was bereits 2023 nicht gelungen ist, wird auch im Jahr 2024 wieder nicht gelingen.

Zwar mag zunächst erfreuen, dass die **Erträge** gegenüber dem Vorjahr gemäß Planansatz deutlich, nämlich um mehr als 4 Mio € **steigen** werden, von 38,6 Mio € **auf 43,3 Mio €** und damit die 40 Mio €-Grenze übersteigen. Doch **steigen die Aufwendungen** gleichermaßen um 4 Mio € von 43,2 Mio € **auf 47,2 Mio €**. Das **Defizit wird somit 3,9 Mio €** betragen, wieder driftet die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben auseinander. An diesem Missverhältnis wird sich in den künftigen Jahren nichts ändern. Es ist auch in den nächsten Jahren mit

Fehlbeträgen zu rechnen, die die Rücklagen aus dem Verkaufserlös gänzlich aufzehren werden.

Kurz zu den Erträgen:

Die Ertragssteigerung beruht auf einer **Steigerung der gemeindeeigenen Steuern**, deren Erhöhung und die Einführung der Zweitwohnungssteuer vom Gemeinderat 2023 beschlossen wurde, aber nur einen geringen Teil ausmacht, sowie auf einer **Steigerung der Gewerbesteuer** immerhin um ½ Mio €. Der **Gemeindeanteil der Einkommensteuer** ist leider gesunken, aber auf ihn hat die Gemeinde kaum Einfluss. Fraglich ist, ob der Zuwachs der Bürger durch das Neubaugebiet am Schrankenbuckel in 2 Jahren wirklich zu einer Erhöhung der Einkommensteuer führen wird, wie es sich der Bürgermeister erhofft.

Ein weiterer Teil der Ertragssteigerung von rund 1 Mio € beruht auf der **Erhöhung von Verwaltungs- und Benutzungsgebühren** für öffentliche Einrichtungen, aber auch **Erhöhung der Miet-, Pacht- und Erbbauzinsen**. Die **Zuweisungen** sind in der Summe um knapp 3 Mio € gestiegen, wobei die **Schlüsselzuweisungen für die Kinderbetreuungseinrichtungen** mit über ½ Mio € die größte Steigerung ausmacht.

Doch kommt keine Freude auf, wenn man auf die Aufwandsseite und auf die Betriebs- und Personalkosten der Betreuungseinrichtungen sieht, die aufgrund der Eröffnung einer Vielzahl von erforderlich gewordenen neuen Kinderbetreuungsgruppen deutlich mehr als die Zuweisungen vom Land gestiegen sind.

Schauen wir uns die Aufwendungen genauer an:

Den größten Posten bei den Aufwendungen nehmen wie jedes Jahr die **Transferleistungen** ein, die mit über 20 Mio € um rd. 2,5 Mio € steigen werden. Dieses Jahr beruht die Steigerung u.a. auf der gestiegenen Kreisumlage. So hat die Gemeinde aufgrund ihrer gestiegenen Steuerkraft **rd. 810 T € mehr an den Kreis** zu zahlen. Eine Anhebung des Hebesatzes bei der Kreisumlage war jedoch unumgänglich, bei der Anhebung handelte es sich im Übrigen um die geringstmögliche Anhebung, die auf einem Konsens fast aller Kreistagsfraktionen beruht. Auffallend gestiegen sind aber auch die Zuschüsse an die Zweckverbände Bezirk Schwetzingen und Bildungszentrum Brühl-Ketsch um insgesamt ½ Mio €.

Der zweitgrößte Posten bei den Aufwendungen sind die **Personalaufwendungen, die um knapp 1 1/2 Mio € auf 13,3 Mio € steigen**. Die Steigerung 2024 beruht im Wesentlichen auf dem Tarifabschluss und den steigenden Löhnen, was nur teilweise durch die Landeszuweisungen an die Kommunen aufgefangen wird. Wenn man sich erinnert, dass der Personalaufwand 2012 weniger als die Hälfte, nur 5,5 Mio € betrug, wird einem das Ausmaß

der Steigerung erst richtig bewusst! Sorge macht mir, dass die Personalaufwendungen auch in den nächsten Jahren weiter ansteigen werden, vor allem wenn 2025 der Anspruch auf schulische Ganztagsbetreuung eingeführt wird. Hier müssen nach Auffassung der Freien Wähler die Kommunen vom Land deutlich stärker unterstützt werden. Nicht unproblematisch wird auch der erhoffte Zuzug von Familien mit Kindern nach Fertigstellung der Bebauung am Schrankenbuckel sein.

Inzwischen machen die Aufwendungen für **Sach- und Dienstleistungen den drittgrößten Aufwandsposten** aus. Wir sehen kaum Möglichkeiten, die anfallenden Unterhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen der gemeindeeigenen Gebäude zu reduzieren. Wenn überhaupt, kommt nur ein Verschieben der Maßnahmen in Betracht, was jedoch mit Vorsicht zu genießen ist, da ein Sanierungsstau zu erheblich größeren Kosten in der Zukunft führen kann. Manche Ersatzbeschaffung ist auch unvermeidlich. Und hinzu kommen die laufenden Kosten für die Flüchtlingsunterkünfte, die mit 360 T€ für den Brühler Hof und weiteren 173 T€ für einen Hausmeister und Securityservice für die Containeranlage zu Buche schlagen.

Hinzukommen bei den Aufwendungen die planmäßigen **Abschreibungen**. Überraschenderweise sinken diese gegenüber 2023 geringfügig, liegen aber weiterhin mit **über 3 Mio € auf hohem Niveau, Tendenz steigend**. So wird richtigerweise im Haushaltsplan prognostiziert, was wir schon immer vorausgesagt hatten, dass sich die Gesamtsumme der Abschreibungen **spätestens nach Abschluss der laufenden Großprojekte erhöhen** wird. Und dazu gehört der Sportpark Süd, der in der Auflistung auf S. 118/119 nur zum Teil enthalten ist, aber auch die weiteren Investitionsvorhaben, wie die Großprojekte Kinderzentrum auf dem Schillerschulareal und der soziale Wohnungsbau im Gebiet Bäumelweg Nord, beides Projekte, die die Freien Wähler als Investition in die Zukunft ausdrücklich unterstützen, aber den Haushalt auf Dauer weiter belasten werden.

Die Schere zwischen Erträgen und Aufwendungen wird von Jahr zu Jahr schwieriger zu schließen sein. Um der defizitären Haushaltssituation gerecht zu werden, mussten in den letzten drei Jahren leider eine Reihe von Steuer- und Gebührenerhöhungen vorgenommen werden. Vor dem Hintergrund der eingangs erwähnten Gesamtentwicklungen sehen wir hier aber im Kern das „Ende der Fahnenstange“ erreicht. Weitere Belastungen sind aus unserer Sicht den Menschen in Brühl nicht mehr zumutbar. Dies gilt ganz besonders für Familien mit Kindern. Die Erschließung anderer Einnahmequellen ist zwar grundsätzlich zu begrüßen. Ausdrücklich ausgenommen ist für die Freien Wähler hierbei aber eine Verpachtung von Gelände zum Zwecke des Betriebes einer Geothermieanlage. Das wird es mit uns in Brühl nicht geben.

Die **Lösung** zur Verbesserung des defizitären Ergebnishaushalts kann für uns im Wesentlichen nur durch **Kostenreduzierungen** und eine **Beschränkung der Investitionen auf unabweisbare Projekte** erreicht werden. Sog. „nice to have Ausgaben“, wie **zumindest teilweise beim Sportpark Süd geschehen**, können wir uns schlichtweg nicht mehr leisten. Auch der Bürgermeister ermahnte bei seiner gestrigen Neujahresrede, dass in unserer Gemeinde manches Wünschenswertes nicht mehr umsetzbar sein wird. Aber um jedes Missverständnis zu vermeiden, **wir stehen** nach wie vor **zur Förderung unserer Vereine**, die wir als wesentliche Träger des sozialen und kulturellen Lebens in unserer Gemeinde sehen. Eine **vernunftorientierte Betrachtung jeden Einzelfalls** schließt das aber nicht aus.

Zum FINANZHAUSHALT

Bereits vor 2 Jahren habe ich darauf hingewiesen, dass der **Verkaufserlös aus dem Schrankenbuckel nur für eine kurze Dauer** für eine Bereinigung des Haushalts sorgen wird. Heute muss ich feststellen, die Bereinigung war leider von noch kürzerer Dauer als ich befürchtet hatte.... Die Schuldenentwicklung, wie sie auf S. 38 des Haushaltsplans prognostiziert wird, zeigt dramatisch die Negativentwicklung unseres Haushalts: Zum Jahresende wird bereits mit einem Schuldenstand von 13,7 Mio € gerechnet, 2025 mit über 20 Mio € und **2027 mit 28,4 Mio €**.

So wundert es nicht, dass die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit, die 2022 noch bei 17 Mio € angesetzt waren, für 2024 nur noch mit knapp 2,5 Mio € ausgewiesen sind. Angesichts des beachtlichen Investitionsprogramms, das in den letzten Jahren nicht nur wegen der Ausweitung der Kinderbetreuungseinrichtungen, sondern auch wegen weiterer Flüchtlingsunterkünfte und des sozialen Wohnungsbaus in der Albert-Einstein-Str. 1 aufgestellt worden ist, wundert es ebenso wenig, dass die **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit über 12 Mio €** betragen. Gleichzeitig sind Projekte wie beispielsweise der **soziale Wohnungsbau** oder **das Kinderzentrum** auf dem Gelände der Schillerschule wichtige und **richtige Entscheidungen für die weitere Gemeindeentwicklung**. Andererseits hätte man den **Sportpark Süd** (so beeindruckend er auch sein mag), auch in anderer Form umsetzen können. Immerhin verursacht er jährlich erhebliche **Unterhalts- und Abschreibungskosten**. Wir dürfen wohl von **knapp 1 Mio Euro/Jahr** ausgehen, die nicht einmal ansatzweise von Pacht- und Erbpachteinnahmen gedeckt werden.

Entsprechend negativ fällt der **Finanzierungsmittelüberschuss aus Investitionstätigkeit aus, nämlich – 10,3 Mio €** ! Da als liquide Mittel und Geldanlagen nur noch ein Betrag von 3,118 Mio € zur Verfügung steht, müssen Kredite in Höhe von über 10 Mio € eingeplant

werden, um die gesetzlich festgelegte Mindesthöhe von 721.300 € nicht zu unterschreiten. Hierfür soll der Höchstbetrag für Kassenkredite auf 9,4 Mio € angehoben werden. Der Wert ist nicht zufällig gewählt, sondern liegt unterhalb der genehmigungspflichtigen Grenze. Fest steht somit, dass Brühls Kassen leer sein werden. Es hat keine zwei Jahre gedauert, bis das Finanzpolster aus dem Verkaufserlös der Schrankenbuckel-Grundstücke aufgebraucht worden ist.

Der im Haushaltsplan ausgewiesene Schuldenstand wird schon mittelfristig auf den Level des Landesdurchschnitts steigen. Der **künftige prognostizierte Schuldenstand von über 28 Mio € Ende 2027 ermöglicht Brühl keine Extras, keine „Nice-to-have-Projekte“ mehr.** Wiederholt wird im Haushaltsplan von dem Bemühen der Verwaltung und des Gemeinderats um Haushaltskonsolidierung gesprochen und angemahnt, dass die Vermeidung oder Reduzierung von Aufwendungen hinterfragt und die Ertragsarten regelmäßig überprüft werden müssen. Das **Bestreben aller Verantwortlichen muss sein**, das Investitionsprogramm der nächsten Jahre unbedingt im Zaum zu halten. Wir stehen in der weiteren Zukunft mehr denn je in der **Pflicht, die Gemeinde wirtschaftlich handlungsfähig zu halten.** Dies erfordert Augenmaß bei der Planung sämtlicher weiterer Projekte. Das sind wir auch aus Gründen der **Generationengerechtigkeit** der heutigen Jugend schuldig. Die **Freien Wähler** werden deshalb gerade jetzt angesichts des sich drastisch erhöhenden Schuldenstands der Gemeinde **jede anstehende Investitionsmaßnahme kritisch auf ihre Notwendigkeit und Finanzierbarkeit prüfen.**

Zum Abschluss möchte ich mich im Namen unserer Fraktion, bei Herrn Willemsen stellvertretend für die Kämmerei und allen Damen und Herren der Verwaltung, die an der Erstellung des Haushaltsplans mitgewirkt haben, für die professionelle und fundierte Erstellung des Haushaltsplans 2024 bedanken.

Der Haushaltsplan ist nachvollziehbar und wir stimmen der Vorlage deshalb, aber unter ausdrücklichen Hinweis auf meine Ausführungen, zu.